

Zeitung der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

kaum zu glauben, wir arbeiten nun schon 10 Jahre an diesem Projekt, da kann man schon sehr nachdenklich werden! Darum ist dieser Aspekt auch ein Schwerpunkt der 10. Ausgabe dieser Projektzeitung.

So selbstkritisch wir unsere Aktivitäten auch sehen, so wenig sehen wir einen Grund zur Resignation. Bewusstseinswandel und gar Veränderung menschlichen Handelns sind schwierige und langwierige Prozesse, die sich nur in ganz kleinen Schritten vollziehen und langen Atem brauchen. An Geduld fehlt es uns nicht, aber an Menschen, die uns bei der Verwirklichung unserer Vision (S.6) unterstützen, mit Ideen oder aktiv mitarbeitend. Haben Sie Lust? - Aber es gibt ja noch mehr solcher „dicken Bretter“ zu bohren, eines davon ist eine Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen- und Mittleren Osten. Professor Mohssen Massarrat berichtet von den Vorbereitungsschwierigkeiten hierzu (S.9) - übrigens auch als Referent auf der Internationalen Münchner Friedenskonferenz. Die sog. Schutzverantwortung (R2P) (S.11) und der zunehmende Einfluss der Bundeswehr an den Schulen (S.10) sind weitere Themen, auf die wir hinweisen wollen. Vielleicht kann Sie die Zeitung anregen, bei uns mitzumachen?

Erwin Schelbert

Das kleine Portrait

Bernd Fiehn, Leiter des **Robert-Blum-Gymnasiums**



Neben zwei weiteren Schulen erhielt das Gymnasium den Aachener Friedenspreis 2013, weil es beschlossen hatte, sich zur „Schule ohne Bundeswehr“ zu erklären.

Schulleiter Bernd Fiehn sagte in der Dankrede:

„...wir wissen, dass Konflikte dauerhaft, befriedigend und befriedend nur im Dialog gelöst werden können. In einem offenen, ehrlichen und konstruktiven Dialog, der die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt.“(s.S.10)

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 10 Jahre Projekt
- S.3 Beobachter auf der MSK 2013
- S.4 Gespräch mit Ischinger/ Die Beobachterinnen 2014
- S.5 Aufruf von 2004 / Meinungen
- S.6 Vision einer anderen Konferenz
- S.7 Kritische Thesen zum Projekt
- S.8 Etappen unseres Projekts
- S.9 Atomwaffenfreie Zone Nahost
- S.10 Schulen ohne Bundeswehr
- S.11 Schutzpflicht R2P
- S.12 Projektziele, Termine, Impressum

10 Jahre Projekt „Konferenzveränderung“

Nicht nur die Sicherheitskonferenz begeht in diesem Jahr ein Jubiläum, die 50. Münchner Sicherheitskonferenz. Auch für unsere Projektgruppe gilt es 2014, an eine runde Zahl zu erinnern: Im Januar 2004 wurde unter dem Logo der Friedensinitiative Christen in der Region München der „Aufruf zur Veränderung der „Sicherheitskonferenz““ veröffentlicht. Mit dem Initiator des Aufrufs Klaus Mittlmeier bildeten Sepp Rottmayr, Isolde Teschner u.a. eine kleine Vorbereitungsgruppe, die für den 1. Juni 2004 einen erweiterten Kreis einlud, ein „langfristig angelegtes Projekt“ ins Leben zu rufen bzw. eine „Arbeitsgruppe: Münchner Militärkonferenz verändern“ zu bilden. Dies war der Startschuss zur Gründung unseres Vereins.

Eine wichtige Etappe der Arbeit unserer Projektgruppe war ab 2006 der – letztlich leider wenig ergiebige – Briefwechsel mit dem damaligen Leiter der Sicherheitskonferenz Horst Teltschik. Gleich nach der Ernennung seines Nachfolgers Wolfgang Ischinger wandten wir uns im März 2008 brieflich auch an diesen, was



Wolfgang Ischinger und Thomas Mohr beim 3.Gespräch (2009)

sehr schnell zu einem ersten Gesprächstermin führte. Beim zweiten Gespräch im November 2008, an dem auch Vertreter/innen der Internat. Münchner Friedenskonferenz beteiligt waren, machte Ischinger spontan das Angebot, dass unsere Gruppe einen Beobachter zur nächsten Sicherheitskonferenz schicken könne. Seitdem haben sowohl die Gesprächskontakte mit Konferenzleiter Ischinger und seinen Mitarbeiter/innen als auch die Konferenzbeobachtung – durch inzwischen zwei Personen unserer Gruppe – eine gewisse Selbstverständlichkeit erreicht.

Fortsetzung S. 2►

► **Fortsetzung** von Seite 1:

Können wir also von einem Erfolg unserer Arbeit sprechen? Eine Friedensbewegung, die sich dem Gespräch verweigert, wirkt in der Öffentlichkeit widersinnig und unglaubwürdig. Mit unserem Bemühen – in Ergänzung zu den Demonstrationen und zur Friedenskonferenz – einen kritischen und konstruktiven Dialog mit der Sicherheitskonferenz zu beginnen und als Folge daraus mit der öffentlichkeitswirksamen Konferenzbeobachtung haben wir das Image der Münchner Friedensbewegung verbessert und zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Sicherheitskonferenz beigetragen.

Trotzdem ist die Konferenz nach wie vor ein Forum traditioneller Sicherheitspolitik und Dominanz. Sie trägt dazu bei, das Führen von Kriegen auch für Deutschland wieder selbstverständlich werden zu lassen. Die Lehre „Nie wieder Krieg!“, mit der nicht nur die Deutschen aus dem 2. Weltkrieg kamen, soll antiquiert erscheinen. Heute geht es um eine militärische „Schutzverantwortung“ für Völker vor ihren eigenen Regierungen. Doch diese Schutzverantwortung öffnet den Beschützern Tür und Tor, um unter ihrem Deckmantel eigene nationale Interessen durchzusetzen – siehe Libyen.

Als Projektgruppe sind wir der Überzeugung, dass Sicherheit nicht gegeneinander, nur miteinander erreicht werden kann. Gemeinsame Sicherheit setzt den Mut zum Dialog und die Wahrnehmung der Bedürfnisse aller Völker voraus. Es ist wichtig, dass sich kein Volk der Erde ausgeschlossen oder gedemütigt fühlt. Die Tiefenursachen von Kriegen wie z.B. soziale Ungerechtigkeit und Klimaveränderung müssen gemeinsam gelöst werden. In diese Richtung müsste sich, so meinen wir, die Münchner Sicherheitskonferenz verändern.

Tiefgehende Veränderungen brauchen ihre Zeit, aber wenn der Same der Wahrheit gesät ist, keimt und wächst er, selbst wenn wir nicht wissen, wie. Idee und Praxis der aktiven Gewaltfreiheit stellen seit Mahatma Gandhi die Notwendigkeit militärischer Gewalt in Frage. Nationale Armeen und die Institution des Krieges sind seit Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ zu Auslaufmodellen geworden. Das Einüben gewaltfreier Konflikttrans-

formation und der Ausbau fairer internationaler Rechts-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen sind das Gebot der Stunde. Wir freuen uns, wenn wir als Projektgruppe einen kleinen Beitrag dazu leisten können, dass diese Zukunftsaufgaben der Menschheit ihren Weg auf die Tagesordnung der Sicherheitskonferenz finden.

Kleine Früchte bringt unser Gesprächskontakt zur Sicherheitskonferenz immer wieder mal hervor, so z.B. als Ischinger 2012 aufgrund eines ihm überreichten Friedenskonferenz-Flyers Hans-Peter Dürr

und Hans Christof v. Sponeck als zusätzliche Konferenzbeobachter einlud. Und 2014 wird mit Almut Wieland-Karimi (Leiterin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze) eine Friedensfachfrau über Strategien zur Bewältigung von Post-Konflikt-Situationen mitdiskutieren. Als Projektgruppe haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch Carsten Montag (Konsortium Ziviler Friedensdienst), Mohssen

Massarrat (siehe S. 9) und v. Sponeck mitwirken können. Alle drei wurden zumindest als Beobachter zur diesjährigen Konferenz eingeladen. Je nach eigener Einstellung mag man solche Entwicklungen als Kosmetik zur Imagepflege abtun oder als kleine Schritte in die richtige Richtung würdigen.

Bis zur Verwirklichung unserer Vision einer „Münchner Konferenz für Frieden in Gerechtigkeit“ bzw. einer „Münchner Konferenz für Friedenspolitik“ ist der Weg immer noch sehr weit. Die Sicherheitskonferenz wird sich nur in dem Maß verändern, wie sich auch das gesellschaftliche Bewusstsein über globale Sicherheit wandelt. Die Stelle, an der wir an dieser Bewusstseinsveränderung mitwirken, ist die Konferenz selbst mit ihrem Umfeld. Deshalb haben wir 2013 unsere neue Aktion „Denkmail“ gestartet: Kurze Impulsgedanken zur Konferenzveränderung per Mail an Veranstalter, Teilnehmer und interessierte Öffentlichkeit. Als Pazifisten vertrauen wir darauf, dass auch andere auf ihre Weise den Bewusstseinswandel in Richtung Gewaltfreiheit, Dialog und faire globale Zusammenarbeit vorantreiben und dass eine ernsthafte Konferenzveränderung dann unausweichlich wird.

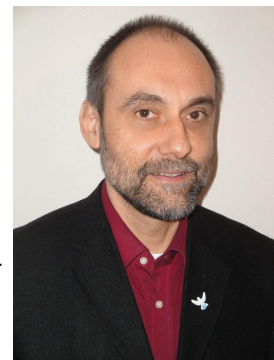
Thomas Mohr, Vorsitzender der Projektgruppe



Projektgruppe bei der Vereinsgründung 2006

Als Beobachter auf der 49. Münchner Sicherheitskonferenz

Dr. Thomas Mohr war im Februar 2013 zum dritten Mal unser Beobachter im Bayerischen Hof. Hier eine Kurzfassung seines Berichts:



Dr. Thomas Mohr

Eindrücke und Beobachtungen seines Berichts über die letztjährige Konferenz

- Aufmerksamkeits-Höhepunkt der Konferenz: US-Vizepräsident Biden bot dem Iran Gespräche an.
- Russischer Außenminister Lavrov stellte die Frage „Wann ist es legitim, mit autoritären Regimen zusammenzuarbeiten, wann, sich für deren Sturz einzusetzen?“
- Psychologisch interessant war die Frage an Ehud Barak, Verteidigungsminister Israel: „Wenn Sie Sicherheitsberater des Iran wären, glauben Sie, Sie fänden die Anreize des Westens (bezüglich Einlenken beim iranischen Atomprogramm) ausreichend?“ Und seine Antwort: Ihm seien in seiner langen politischen Karriere schon öfter solche Fragen gestellt worden, wie z. B., er solle sich in ein palästinensisches Kind versetzen. Solche Fragen seien eine Falle und er beantworte sie deshalb nicht.
- Ali Akbar Salehi (iranischer Außenminister) verteidigte in der recht kontroversen „Panel Discussion“ die politische Unabhängigkeit seines Landes und bedauerte die Absage der Konferenz von Helsinki.
- Durch das Podium „Aufstrebende Mächte“ mit Vertretern von China, Singapur, Indien und Brasilien wurde die wachsende Bedeutung dieser Länder gewürdigt.
- Beim Podium zu „Schutzverantwortung (R2P)“, veranstaltet mit der International Crisis Group (Nicht-Regierungs-Organisation zur Konfliktprävention und –bearbeitung) waren die Hälfte der ReferentInnen Frauen. Louise Mushikiwabo (Außenministerin Ruanda): „R2P ist keine Lizenz zu rücksichtslosem Interventionismus und auch kein Allheilmittel; es gibt eine Verantwortung zur Prävention, nicht nur die zur Intervention.“ Fatou Bensouda (Internationaler Strafgerichtshof): „Kommandeure können jetzt vom Internat. Strafgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden für das, was ihre Soldaten getan haben.“
- Mehr Aufmerksamkeit bekam aber „Pooling & Sharing“ bzw. die Zukunft der europäischen Verteidigung – weil rüstungsnäheres Thema?
- „Night Owl Session“ zu den Themen Syrien und Mali – das Leid in beiden Ländern wurde gesehen, nur: die Überlegungen dazu kamen aus militärischem Denken. Friedliche, gewaltfreie Wege der Konflikttransformation zu vermitteln bleibt als wichtige Aufgabe der Friedensbewegung.

Einschätzung

Die Konferenz ist auf die Tagespolitik beschränkt, weil die wichtigen Teilnehmer über das sprechen wollen, wonach sie hinterher bei ihren Pressekonferenzen gefragt werden. Jeder macht seinen Job – und das heißt bei einem Verteidigungsminister oder einem NATO-Generalsekretär eben, dass sie die Notwendigkeit von Militär und weiterer Rüstung betonen. Das bedeutet: Gewaltfreie Sicherheitspolitik bleibt ein Fremdwort, faire globale Zusammenarbeit fällt der Dominanzstruktur zum Opfer. Unübersichtliche Bürgerkriege werfen allerdings ernsthafte Fragen auf. Friedenslogik, gemeinsame Sicherheit, zivile Konflikttransformation, faire internationale Rechtsstrukturen müssten entwickelt bzw. eingeübt werden. Durch die Sponsoren und Kooperationspartnern, die alle auf www.securityconference.de genannt sind, gewinnen die Interessen von (deutschen) global agierenden Konzernen an Einfluss. Die MSC veranstaltet inzwischen nicht nur die Konferenz im Februar, sondern das ganze Jahr über Treffen an verschiedenen Orten, z.B. zur Stärkung der europäischen „Verteidigungskooperation“.

Vorschläge für eine Konferenzveränderung

- Eine Konferenz für Außenpolitik und internationale Beziehungen, gefördert vom Außenministerium (statt Rüstungsfragen und Sicherheitspolitik und vom Verteidigungsministerium gefördert).
- Erweiterung des Beirats der Konferenz um Personen aus der Friedensarbeit und Friedensforschung, aus internationalen Organisationen echter gemeinsamer Sicherheit (z. B. UNO, OSZE, AU, nicht NATO), aus Nichtregierungsorganisationen.
- Einbeziehung der Zivilgesellschaft – eventuell über neue Medien oder „Publikumsanwälte“ mit besonderem Fragerecht.
- Wie bei UNO-Konferenzen zeitgleich eine NGO-Konferenz mit entsprechender finanzieller Ausstattung, die auch von TeilnehmerInnen der Hauptkonferenz besucht wird.

Bitte lesen Sie die vollständige Analyse von Th. Mohr auf www.msk-veraendern.de/5.html.

Zusammenfassung: Gudrun Haas

Visionäre kämpfen für eine friedensorientierte Sicherheitskonferenz – Gespräch der Vereinsmitglieder mit Botschafter Ischinger am 29.10.13

Wie jedes Jahr, fand auch im Jahr 2013 ein Gespräch mit Botschafter Ischinger statt, in dem der Verein seine Ziele zur Veränderung einer Sicherheitskonferenz nochmals betont hat, nämlich die Münchner Sicherheitskonferenz zu einer „Münchner Konferenz für Friedenspolitik“ umzugestalten, so dass Themen wie eine gewaltfreie Sicherheits- und Friedenspolitik ebenso wie eine faire globale Zusammenarbeit im Vordergrund stehen. Die Mitglieder des Vereins kritisierten, dass Themen wie atomare Abrüstung, die Lösung der Energiefrage, Flüchtlingsströme nach Europa, Klimaflüchtlinge immer noch zu wenig Beachtung auf der Konferenz finden. Diese Themen sind aber von zentraler Bedeutung für eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitspolitik.



der Verein die Beteiligung der Zivilgesellschaft auf der MSK als Gegengewicht zu dem angeblich sicherheitspolitischen Denken der Militärs.

Herr Ischinger machte in seiner Antwort deutlich, dass zwischen dem, was die o.g. Probleme angeht und dem, was die Konferenz leisten kann, ein großer Unterschied bestehe, denn die Konferenz hätte ihre Existenzberechtigung aus denen, die sie bezahlen. Laut des Verteidigungsministeriums

soll die MSK einen transatlantischen Kern behalten, mit den Kernfragen der transatlantischen Sicherheit. Sie kann nicht zu einer Konferenz der Innenminister mutieren. Das Thema der Klimaveränderung wird aber auch 2014 auf dem Programm stehen und der Anteil der Redner aus den NGOs steigt.

Der Verein regte an, diese Themen durch eine verstärkte Teilnahme der NGO's an der Konferenz weiter in den Fokus zu rücken und den Sicherheitsbegriff neu zu denken, anders als das bis jetzt auf einer Konferenz der Fall ist, die vom Verteidigungsministerium und durch Sponsoren finanziert wird, die ein Interesse daran haben, mit der Militärindustrie Geschäfte zu machen. Dies muss sich laut unserer Auffassung ändern.

Im Prinzip geht es darum, dass Sicherheit nicht durch militärische Mittel, sondern nur durch die Wahrnehmung der Bedürfnisse aller Völker auf der gesamten Welt verwirklicht werden kann. Die Tiefenursachen von Konflikten wie z.B. soziale Ungerechtigkeit und Klimaveränderung müssen gemeinsam und gewaltfrei gelöst werden. Deshalb fordert

Es stellt sich den Vereinsmitgliedern die Frage, ob die transatlantische Sicherheit nicht bald auch durch die Klimaveränderung, den Nahostkonflikt, der Energiepolitik und den daraus resultierenden Flüchtlingsströmen so stark bedroht wird, dass gemeinsame Absprachen in der hard security-Politik, die vor allem den Geldmangel in der Rüstungsindustrie nicht zum Vorschein treten lassen sollen, nicht mehr als Lösung ausreichen werden. Da wäre doch die Konferenz eine willkommene Gelegenheit über die tatsächliche Lösung dieser Probleme nicht nur nachzudenken, sondern Weichen für die Umsetzung auf transatlantischer Ebene zu stellen. Vermutlich wäre das auch der finanziell günstigere Weg.

Hanna Brocks-Steidl

Unsere Beobachterinnen auf der Sicherheitskonferenz 2014

Ich heiße Hanna Brocks-Steidl und werde dieses Jahr nach 2012 zum 2. Mal bei der Sicherheitskonferenz als Beobachterin dabei sein. Beim ersten Mal war ich von der Rückständigkeit der behandelten Themen sehr enttäuscht. Ich hatte den Eindruck, dass die dort teilnehmenden Redner sich eher in Gedanken noch im Kalten Krieg befinden als dass sie Lösungen für die Sicherheit der Menschheit für die Zukunft erarbeiten. Die wenigen Redner, die diese Zukunftsprobleme ansprachen – wie Kumi Naidoo z.B. – wurden weder in der Konferenz selbst, noch in den Medien entsprechend beachtet. Meine Kritik, auch bezüglich der Moderatoren, habe ich Herrn Ischinger vorgetragen, ich bin gespannt, ob sich Änderungen ergeben haben und wenn ja, ob durch die Auswahl der Teilnehmenden mehr zukunftsorientiert gearbeitet wird. Zusammen mit Lisa Bogerts, M.A., beruflich im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung tätig, werden wir sehr kritische Konferenzteilnehmer sein.



Hanna Brocks-Steidl



Lisa Bogerts

Unsere erste Initiative: Der Aufruf vom Januar 2004 - also vor nunmehr 10 Jahren !

FRIEDENSINITIATIVE CHRISTEN IN DER REGION

**Aufruf
zur
Veränderung der „Sicherheitskonferenz“!**

Sicherheit, die sich auf militärische Gewalt stützt, erntet Gewalt.

Deshalb möchten wir, daß eine öffentlich finanzierte „Sicherheitskonferenz“ über zivile Sicherungssysteme konferiert, die dem Geiste des Grundgesetzes entsprechen. Wichtige Schwerpunkte:

- Möglichkeiten und Erfordernisse ziviler Konfliktbewältigung,
- internationale Kooperation auf der Basis der Menschenrechte für Alle,
- Rechtstreue der Staaten, insbesondere der mächtigsten Nationen und Bündnisse.

Wir schlagen vor, die bisherige „Sicherheitskonferenz“ auf dieses höhere Ziel hin zu verändern und dies durch eine Debatte mit Fachleuten der Friedens- und Konfliktforschung zu beginnen.

Wir wollen in unserer Stadt dazu beitragen, das auf Gewaltlösungen fixierte Denken zu überwinden. Damit setzen wir für viele Menschen das Hoffnungszeichen:

„Eine andere, friedlichere Welt ist möglich!“

Dieses Zeichen soll unmißverständlich in eine menschlichere Zukunft weisen!


Angesichts der Not und Friedenssehnsucht aller von Krieg gequälten Völker sehen wir allein zivile Konfliktlösungen als hilfreich an für die Entwicklung von Frieden:

„Zivile Sicherheit statt militärischer „Sicherheit“!“

Dieses Ziel soll alle Menschen guten Willens einen, keine Gutwilligen ausschließen, auch nicht Politiker oder Militärs. Wenn viele Menschen das alte, von vielen Kämpfen tief eingeschliffene Denken hinter sich lassen, kann Neues entstehen!

Mit diesem Vorschlag wenden wir uns an alle engagierten und verantwortungsbewußten Bürger unseres Landes:

**Laßt uns gemeinsam arbeiten an der Entwicklung
eines humanen Verständnisses von Sicherheit in Gerechtigkeit und Frieden!**



MÜNCHEN
Jan. 2004

52 27.11.06 Lokalteil 52

**Die „Siko“
einmal anders**
100 Friedensaktivisten
beraten über neue Konzepte

Am Schluss kamen die skeptischen Fragen. Ob nicht die Gefahr bestehe, dass Horst Teltschik, der Veranstalter der Münchner Sicherheitskonferenz, ihr Projekt vereinnahmen könne. Wenn er

52 17.11.06

**Gewaltfreiheit
statt Aggression**
Initiative will Neuausrichtung
der Sicherheitskonferenz

Eine Projektgruppe aus Mitgliedern stichlich orientierter Friedensinitiativen hat sich zum Ziel gesetzt, die umstrit-

10-Jahre danach - Projektmitglieder sagen ihre Meinung:

„Mir gefällt, dass die Vision der Projektgruppe MSKv konkrete, machbare Vorschläge für eine andere Sicherheitskonferenz enthält. Viele dieser Vorschläge wären sofort umsetzbar. Eine friedliche Welt braucht einerseits viele Menschen, die ein Sicherheitsverständnis haben, das ohne Feindbilder auskommt und andererseits Regierungsvertreter, die eine Kultur des Friedens (Sicherheit miteinander) schaffen wollen.“

Gudrun Haas

„Der 1. Aufruf ist im Kern immer noch aktuell. Details des Aufrufs unterliegen dagegen selbst einer Veränderung. Die MSK wird auch durch Sponsoren aus der Wirtschaft finanziert und mit der „Sicherheit“ für die lebende Welt, ob militärisch oder zivil, haben wir immer mehr Schwierigkeiten. Sicherheitsdenken deutet auf Tod und Erstarrung hin: Lebendiges ist nie sicher und Freiheit schon gar nicht.

Inzwischen hat sich die MSK verändert. Sie zieht noch Schleifen in die gewaltsame Richtung, doch sie berührt schon das andere Bewusstsein, das die Rechtfertigung des alten schwieriger macht: Ob durch den Geist der Gewaltfreiheit, der sich in der Welt verbreitet, oder durch die Projektgruppe MSK-verändern, oder durch beides zusammen, ist unerheblich

Sepp Rottmayr

„Globale Untersuchungen zeigen, dass die zunehmende Bildung und Abstraktionsfähigkeit der Menschen kontinuierlich zu einer Verringerung der Gewalt und zur Erkenntnis ihrer Nutzlosigkeit führt. Jeden Tag sehen wir ja selbst in der Familie, im Beruf, in der Nachbarschaft und in den Nachrichten, dass dauerhaft friedliches Zusammenleben niemals mit Gewalt zu erreichen ist. Auch in der Politik gewinnt diese Erkenntnis mehr und mehr Raum. Das wird sich in der Sicherheitskonferenz widerspiegeln - hoffnungsvolle Zeichen dafür sind, dass die Konferenz sich Teilnehmern aus nicht-militärischen Bereichen öffnet und das Diskussionsangebot nachdenklicher wird.“

Katharina Rottmayr



Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Unsere Vision einer anderen Sicherheitskonferenz

An der Münchner Sicherheitskonferenz ist zu begrüßen, die Zusammenkunft, der Austausch und der Beziehungsaufbau entscheidungsbefugter und kenntnisreicher Menschen aus verschiedenen Staaten mit vielen Beobachtern und Journalisten aus aller Welt. Sie ist aber noch mehrheitlich ein Forum leitender Vertreter aus Politik, Militär, Rüstung, Industrie, Medien und Finanzwelt der NATO und EU-Staaten, ein Forum traditioneller Sicherheitspolitik und Dominanz, welches die Ideologie der Unverzichtbarkeit militärischer Gewalt festigt und fördert. Sie bestärkt den Glauben, dass Sicherheit, Wohlstand und nationale Selbstbestimmung letztlich auf militärischer Stärke und auf Bündnisbildung gegenüber möglichen Feinden gründen.

Demgegenüber ist unsere Vision, dass die bisherige Konferenz umgestaltet wird zu einer „**Münchner Konferenz für Friedenspolitik**“, einem Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen. Diese ist gekennzeichnet durch:

1. Grundorientierung der Konferenz

Die Bedürfnisse aller Menschen und Völker haben gleiches Gewicht. Sicherheit kann nur miteinander, nicht gegeneinander verwirklicht werden. Die Tiefenursachen von Konflikten wie z.B. soziale Ungerechtigkeit und Klimaveränderung müssen gemeinsam gewaltfrei gelöst werden.

2. Themen der Konferenz

(a) Gewaltfreie Sicherheits- und Friedenspolitik: Außenpolitik und internationale Beziehungen, präventive Diplomatie, Konfliktmonitoring, gewaltfreie Konflikttransformation, Ziviler Friedensdienst, Abrüstung, Reform und Ausbau von Strukturen gemeinsamer Sicherheit (UNO, OSZE u.a.),

(b) Faire globale Zusammenarbeit: Veränderung von Gewaltstrukturen (strukturelle Gewalt), Entschuldung, fairer Welthandel, gemeinwohlorientierte Wirtschaft, Zugang zu Gemeingütern und natürlichen Ressourcen (Land, Wasser, Saatgut, Energie), Bewahrung der natürlichen Mitwelt für kommende Generationen.

3. Struktur der Konferenz

Die Kernkonferenz ist in einem Rahmen von Foren eingebettet, in denen die Zivilgesellschaft mit ihren Nicht-Regierungs-Organisationen mit der Kernkonferenz in Dialog treten, ihre Kompetenz für gewaltfreie Konflikttransformationen und für eine friedliche Zukunftsgestaltung in die Kernkonferenz einbringen und auch über die Medien in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit rücken kann.

Diese Konferenz ist auch der Anlass für ein internationales Friedensfest, an dem die kulturellen Einrichtungen, Hochschulen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Zivilgesellschaft beteiligt sind, so dass rund um die Konferenz statt dem bisherigen Polarisierungseffekt eine gewaltfreie Atmosphäre entsteht.

4. Trägerschaft und Finanzierung

Die Trägerschaft übernimmt eine zu diesem Zweck geschaffene Stiftung mit maßgeblicher Beteiligung der Stadt, des Landes, der Bundesrepublik und der Zivilgesellschaft / Friedensbewegung. Die Finanzierung der Stiftung und der Konferenz erfolgt transparent aus öffentlichen Mitteln und durch zivile Sponsoren.

5. Planung und Leitung

Die Planung obliegt der Stiftung mit einem internationalen Beirat aus geeigneten Persönlichkeiten der Politik, der UNO und der Friedensforschung. Die verantwortliche Gesamtleitung der Konferenz wird durch die Leitung der Stiftung und den Internationalen Beirat bestimmt.

6. Wirkung

Durch ihre repräsentative Besetzung, Thematik und Information entwickelt die Konferenz eine inspirierende Kraft für die Politik der Staaten und der überstaatlichen globalen Organisationen.

Verabschiedet von der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. am 18.10.2013

Thesen zur Münchner Sicherheitskonferenz (MSK) und der Notwendigkeit ihrer Veränderung (MSKv)

Diskussionspapier von Erwin Schelbert, Mitglied der Gruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.“

1. **Historische Entwicklung der MSK:** Der Charakter der ursprünglichen **Wehrkundetagung** unter Ewald Kleist hat sich seit 2009 unter Wolfgang Ischinger zu einer Konferenz für Sicherheitspolitik gewandelt, die zwar **NATO-Dominanz** aufweist, sich aber hinsichtlich Thematik und Teilnehmern geöffnet hat.
2. **Organisationsform:** Die Konferenz hat 2 Ebenen. Auf der für Beobachter und Medien offenen und offiziellen Ebene spielen sich konferenztypische **Rituale von Referaten**, kurzen Fragerunden und Diskussionspodien für Statements ab, die keinen Raum für intensiveren Dialog lassen. Auf der 2. inoffiziellen und wahrscheinlich wichtigeren Hinterzimmerebene finden **Geheimgespräche** statt.
3. **Finanzierung:** Der hohe Kostenaufwand von **über 1 Mio €** wird zu 4/5 von Steuergeldern durch die Regierung und zu 1/5 von Sponsoren u.a. aus dem Rüstungsbereich finanziert.
4. **Teilnehmer:** Die vorwiegend **aus NATO-Ländern** kommenden Politiker, Militärs, Wirtschaftsleute werden ergänzt durch vereinzelte NGO-Vertreter, entscheidend und dominant (hinsichtlich Rederecht und möglicher Hinterzimmerkontakte) sind jedoch hochrangige Regierungsvertreter aus dem Westen und vereinzelt aus dem Osten und Krisengebieten.
5. **Veranstalter:** Eigentlicher Veranstalter und Financier ist die Bundesregierung, sie beruft den Konferenzleiter, der zwar formal autonom ist, aber weitgehende Rücksichten auf die Politik, die Regierung, das Militär, die NATO und transatlantische Beziehungen nehmen muss. **Wolfgang Ischinger**, als gegenwärtiger Leiter, ist ein erfahrener, routinierter und pragmatischer Diplomat, der zwar prinzipiell um friedlichen Interessensausgleich bemüht ist, aber vom traditionellen Sicherheitsverständnis geprägt ist und Militär als unverzichtbares Instrument der Sicherheitspolitik erachtet.
6. **Inhalte/ Themen:** Aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik im Rahmen von NATO und EU sowie Positionen zu aktuellen Konflikten und Bedrohungslagen werden vorrangig von **Regierungsvertretern** als deren offizielle und meist bekannte Politik vorgetragen, wobei alle auf dem unhinterfragten Verständnis von militärischer Sicherheit basieren. Kritische und alternative Themen und Sichtweisen kommen dabei kaum ins Blickfeld.
7. **Sicherheitsverständnis:** Das Sicherheitsverständnis ist nach wie vor vom militärischen Denken als **Sicherheit durch Stärke** geprägt, es hat sich eher im Rahmen der sog. vernetzten Sicherheit ausgeweitet, so dass alle

Arten von Bedrohungen unter militärischen Sicherheitsaspekten wahrgenommen werden und sogar Militäreinsätze als humanitäre Interventionen gerechtfertigt werden.

8. **Wirkung der MSK:** Auf der politischen Ebene besteht eine kaum nennenswerte Wirkung, da kaum wirksame oder verbindliche Absprachen getroffen werden und letztlich nur bereits bekannte politische Positionen dargelegt werden. Allenfalls kann eine positive Wirkung in der Möglichkeit gesehen werden, Kontakte zwischen politischen Kontrahenten anzubahnen, was jedoch bisher selten geschah und prinzipiell auch in einem anderen Rahmen stattfinden könnte. Die Außenwirkung für die Menschen bei uns und in der Welt ist insofern höchst problematisch als die traditionelle und bestehende Sicherheitslogik mit ihrem Dogma der Absicherung von Macht und Interessen durch militärische Stärke **systemstabilisierend** wirkt und damit der Anwendung von Gewalt in allen Lebensbereichen eine zusätzliche Legitimation verschafft. Noch unterstrichen wird dieses Denken durch die Verleihung des „Ewald-von-Kleist-Preises“ an – dem Namen entsprechende – Personen mit Verdiensten im Rahmen der Militärpolitik (Henry Kissinger, Javier Solana und Joseph Lieberman, zuletzt 2013 General Scowcroft)

9. **Veränderungsmöglichkeit:** Die Chancen, über Gespräche mit Ischinger eine Veränderung der Konferenz zu erreichen, werden als **sehr gering** eingeschätzt, sie dürften allenfalls marginale Aspekte betreffen, nicht nur weil Ischinger selbst ein Vertreter der herrschenden Sicherheitspolitik und ihres militärischen Verständnisses ist, sondern weil die Konferenz erklärtermaßen nur Forum der regierungsamtlichen Politik von BRD, EU und NATO sein kann und den Repräsentanten dieser Politik eine Bühne geben muss.

10. Zukünftige Schritte

Neben den Gesprächen mit der Konferenzleitung muss der Schwerpunkt der Friedensarbeit im mühsamen und langwierigen Prozess der Bewusstseinsänderung bei Verantwortlichen in der Politik (Regierung, Parlament, Parteien) und der Bevölkerung, der Öffentlichkeit, insbesondere den zivilen Kräften der Gesellschaft (NGOs) liegen.

Nur in dem Maße, wie das Bewusstsein über die Gefahren von Gewalt und die heilende Wirkung von gewaltmindernden Handlungen wächst, werden die Menschen auch eine entsprechende Politik fördern und fordern.

Wolfgang Ischinger in einem Artikel „Warum wir die Sicherheitskonferenz noch brauchen“ v. 30.9.2009:

„.... Wir wollen die offene, auch die kontroverse Debatte. Und es schadet auch nichts, wenn auch ein erklärter NATO-Gegner in der Konferenz zu Worte kommt.Die Sicherheitskonferenz möchte zu einer qualifizierteren sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland beitragen, das ist ein wichtiger gesellschaftlicher Auftrag. Und dass die deutsche sicherheitspolitische Debatte qualitativ verbesserungsfähig ist, daran zweifelt kaum jemand.“

Nehmen wir Ischinger beim Wort! Die MSK muss verändert, verbessert werden, aber in Richtung Gewaltfreiheit!

Etappen unseres Projekts

- 2004** Aufruf zur Veränderung der „Sicherheitskonferenz“; Bildung einer Arbeitsgruppe; Projektvorstellung beim Münchner Friedensbündnis; öffentliche Präsentation beim Politischen Samstagsgebet
- 2005** Infostand und Workshop bei Münchner Friedenskonferenz: Darstellung von Vision und Konzept; Erarbeitung von Leitbild und Satzung
- 2006** Nr.0 der Projektzeitung; Vereinsgründung; Mitarbeit im Trägerkreis der Münchner Friedenskonferenz; Briefwechsel mit Konferenzleiter Teltschik beginnt; Website; Startveranstaltung mit A. Zumach
- 2007** Öffentliche Veranstaltungen „Zeit des Dialogs“ zu „Ultima Ratio“ und zu „Sicherheit - wie, für wen und wovor?“; Projektzeitung Nr.1 und Nr.2
- 2008** Projektzeitung Nr.3; Brief an neuen Konferenzleiter Ischinger führt zu erstem Gesprächskontakt (Juli); Projektgruppe lädt ein zu Gespräch von Friedenskonferenz-Team und Ischinger (November)
- 2009** Fortsetzung des Dialogs mit Ischinger (Januar und Juli); Teilnahme von Thomas Mohr als erstem Beobachter der Projektgruppe bei der Sicherheitskonferenz findet großes Medienecho; Projektzeitung Nr. 4
- 2010** 5. Gespräch mit Konferenzleiter Ischinger (Januar), Beteiligung an der Internationalen Friedenskonferenz, Konferenzbeobachtung bei der Münchner Sicherheitskonferenz durch Thomas Mohr, Gespräch mit Mitarbeitern von Ischinger (Dezember); Projektzeitung Nr. 5
- 2011** Projektzeitung Nr. 6; Beobachterin der MSK 2011: Renate Grasse (Forum ZFD); mehrere Diskussions-Veranstaltungen zur Beobachtung und zur MSK 2011; Veranstaltung der ÖDP zum Thema: „Münchner Sicherheitskonferenz – Politischer Dialog als Prozess zur Konfliktbearbeitung“; 6. Gespräch mit W. Ischinger (Januar)
- 2012** Projektzeitung Nr. 7; 7. Gespräch mit Konferenzleiter W. Ischinger (Januar); Beteiligung an der Friedenskonferenz; zwei Beobachterinnen (Renate Grasse und Hanna Brocks-Steidl) auf der Münchner Sicherheitskonferenz; 8. Gespräch mit Konferenzleiter W. Ischinger mit Frau Prof. H.-M. Birckenbach "Friedenslogik versus Sicherheitslogik" und Erwin Schelbert "KSZMNO und atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten" (November)
- 2013** Projektzeitung Nummer 8; Beteiligung an der Internationalen Friedenskonferenz; Thomas Mohr und Ingo Henneberg als Beobachter auf der MSK; die Beobachter berichten live über einen Internet-Blog



von der MSK; die neue Webseite geht im Mai

online; Idee und Umsetzung einer so genannten Denk-Mail an Verantwortliche aus Politik, MSK, Bildung und verschiedenen Organisationen; 9. Gespräch mit Konferenzleiter W. Ischinger und Mitarbeitern (November); Unterstützung des Demonstrationsaufrufs des Bündnisses "Kriegsrat - Nein Danke!"



Fast alle müssen draußen bleiben – doch einer aus der Friedensbewegung darf jetzt erstmals rein zur Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof. Foto: ddp

SZ 1.2.09

Allein unter Gegnern

Friedensaktivist als Gast bei der Sicherheitskonferenz

Von Jan Bielicki

Thomas Mohr war fast immer dabei. Nicht im Bayerischen Hof, da durften Leute wie er nicht hinein, wenn sich die Großen der Welt zur Münchner Sicherheitskonferenz trafen. Mohr war ein

densbewegten brieflich abfertigte, traf sich Ischinger bereits drei Mal mit der Gruppe. „Er hat uns zugehört“, lobt Mohr und betrachtet Ischingers Angebot, dabei sein zu dürfen, als „vertrauensbildende Maßnahme in einem beginnenden Dialog“.



Gudrun Haas

Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten (WMD free Zone)

Unabhängig von einem Erfolg des Genfer Abkommens im Iran-Atomstreit bleibt das hinter dem Konflikt bestehende Kernproblem ungelöst. Israels nukleares Monopol und das von den arabisch-islamischen Regionalstaaten wahrgenommene militärische Ungleichgewicht wird weiter bestehen bleiben und über kurz oder lang auch neue Konflikte heraufbeschwören. Die sicherste Alternative, dieses Ungleichgewicht aufzuheben, ist unbestritten die Herstellung einer WMD free Zone in der Region. Deshalb war auch dieses Thema seit über 20 Jahren ein Dauerthema in allen NPT-Überprüfungskonferenzen, das immer wieder von den arabisch-islamischen Mitgliedsstaaten vergeblich auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Endlich gaben die Bremsstaaten USA und Israel nach: im Mai 2010 beschloss die



fünfte NPT-Überprüfungskonferenz, eine Konferenz für die Schaffung einer WMD free Zone durchzuführen. Sie sollte spätestens 2012 in Helsinki stattfinden. Die finnische Regierung wurde als Gastgeberstaat bestimmt und der Staatssekretär im finnischen Außenministerium, Jaakko Laajaava, als Konferenzkoordinator bestellt, der in Zusammenarbeit mit USA, Großbritannien und Russland (Verbindungsstaaten) die Konferenz vorbereiten sollte. Nach beinahe zweijähriger Vorbereitung sollte die Konferenz am 17.-18. Dezember 2012

stattfinden. Dazu ist es aber nicht gekommen, weil kurz vor dem geplanten Konferenzbeginn Israel seine Teilnahme abgesagt hatte. Und bisher ist auch nicht bekannt, ob und wann sie einberufen werden könnte.

Die Art und Weise, wie der Konferenzbeginn blockiert wurde, verweist auf einen offensichtlichen Konstruktionsfehler der WMD free Zone, der darin besteht, dass alle Staaten der Region und die drei Verbindungsstaaten ihre Teilnahme an der Konferenz zusagen müssen. Dadurch wurde möglicherweise unbeabsichtigt die Möglichkeit geschaffen, dass die

Konferenz durch einen einzigen Teilnehmerstaat blockiert werden kann. Tatsächlich hat Israel auch von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Perspektivisch gibt es zur WMD free

Zone im Mittleren und Nahen Osten jedoch keine Alternative. Und der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und die drei Verbindungsstaaten haben es in der Hand, einen Weg zu finden, um eine erneute Blockade zu verhindern. Denkbar wäre beispielsweise, in zwei Schritten vorzugehen: zunächst beginnt die Konferenz mit allen willigen Teilnehmerstaaten. Zu einem späteren Zeitpunkt schließen sich dann die Teilnehmerstaaten der Konferenz an, die bisher nicht partizipiert hatten.

Mohssen Massarrat

Endlich über Israels Atomwaffen reden

.....Im Koalitionsvertrag schweigen sich Union und SPD über das israelische Atomwaffenprogramm aus. Es heißt: „Ein nuklear bewaffneter Iran stellte eine Gefahr für die gesamte Region und darüber hinaus dar und würde den weltweiten Bemühungen um Abrüstung und Nonproliferation schweren Schaden zufügen.“ Über die Atomwaffen Israels verlieren die Politiker kein Wort, obwohl sie Teil des Problems sind. Es ist falsch, die Massenvernichtungswaffen eines Staates getrennt von denen des anderen zu betrachten. Sie bedingen einander. Deshalb brauchen wir eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten.....

Es gibt eine historische Zäsur: Zum ersten Mal seit fast 35 Jahren reden Iran und USA direkt miteinander und verhandeln. Und die CDU, CSU und SPD sprechen nur vom Erfolg der Sanktionen? Die Genfer Einigung ist ein Meilenstein in der Geschichte und wird systematisch abgewertet, um Israel nicht zu irritieren.....

Jetzt wäre es an der Zeit, Israel erneut aufzufordern, seine Bereitschaft zur Teilnahme an einer Konferenz zur Errichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten zu erklären. Die Konferenz ist wesentlich für das Überleben des Atomwaffensperrvertrags, der momentan das einzige Hindernis gegen eine Welt mit einer wachsenden Zahl von Atomwaffenstaaten darstellt. Iran kann nicht für immer der alleinige Buhmann bleiben, irgendwann müssen wir den einzigen De-facto-Atomwaffenstaat in der Region beim Namen nennen.....

Auszüge aus einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau v. 3.12.2013

von **Xanthe Hall** (Abrüstungsexpertin der Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, IPPNW).

Schulen ohne Bundeswehr - Erziehung zur Gewaltlosigkeit

Kurt Tucholsky machte schon 1931 in einem Artikel der *Weltbühne* auf die Gefahren der Kriegspropaganda aufmerksam: „Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der reinen Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber kriegsablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist.“

Das wissen wir leider auch heute noch nicht, im Gegenteil, in Zeiten der Verfügbarkeit über multimediale Kommunikation ist die Gefahr einer Militarisierung erheblich größer geworden.

Auf dem Hintergrund einer systematischen Umstrukturierung der Bundeswehr zu einem Heer von freiwilligen und Berufssoldaten und zu einer Interventionsarmee, eingebunden in eine europäische Sicherheitsstrategie und die neue NATO-Strategie mit dem Ziel globaler Einsatzfähigkeit, wird versucht, deren Akzeptanz in allen Bereichen der Gesellschaft gezielt zu erhöhen.

Nicht nur Strategie und Ausrüstung werden dem Ziel des out-of-area-Einsatzes angepasst, auch das Bild des Soldaten muss dem entsprechen: Heeres-Inspekteur H.-O. Budde meinte schon 2004, der „Staatsbürger in Uniform“ habe ausgedient, in Zukunft brauche man den „archaischen Kämpfer“, also einen Typus von Mann, wie er in der Elitetruppe KSK in Afghanistan schon eingesetzt wird.

In Umkehrung des Ausspruches von Gustav Heinemann bildet damit nicht mehr der Frieden, sondern der Krieg den Ernstfall.

Dabei hat die Bundeswehr in zunehmendem Maße nicht mehr nur mit „freundlichem Desinteresse“ (Horst Köhler) der Bevölkerung zu kämpfen, sondern im Hinblick auf den Kriegseinsatz in Afghanistan mit massiver Ablehnung.

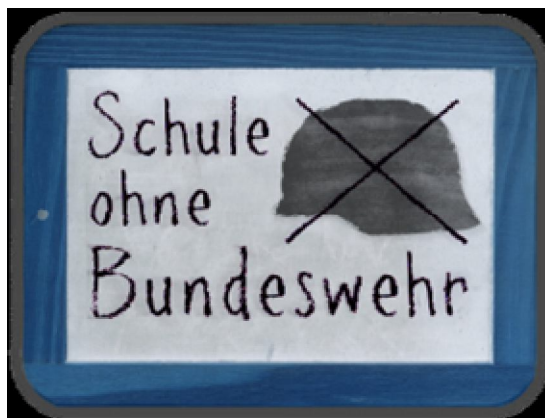
Um der allgemeinen „Kriegsunwilligkeit“ entgegenzuwirken, versuchen Bundesregierung und Bundeswehr, mit einer schier unüberschaubaren Vielzahl von Propagandainitiativen das Image einer Armee im Einsatz zu verbessern. Um gerade an junge Menschen heranzukommen, verstärkt die Bundeswehr ihren Einfluss auch auf Schulen, Universitäten und Jugendeinrichtungen.

Um dies zu institutionalisieren, haben die Kultusminister von bisher 8 Bundesländern so genannte Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr abgeschlossen. Sie sollen die Zusammenarbeit der Jugendoffiziere mit den Schulen verbessern und regeln und auch deren Mitwirkung in der Lehrerbildung verankern.

Selbst im gerade abgefassten Koalitionsvertrag der

neuen Bundesregierung heißt es: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“

Gegen diese Einflussnahme, ja Werbeoffensive wehren sich immer mehr Eltern, Schüler und Lehrkräfte. Im



Rahmen der Kampagne „Schulen ohne Bundeswehr“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben sich bereits mehrere Schulen durch Beschluss der Schulkonferenz diesem Programm angeschlossen. Für diese klare Positionierung für eine Friedenserziehung zur Gewaltfreiheit wurden in diesem Jahr drei Schulen der Aachener Friedenspreis zuerkannt. (Siehe „Das kleine Portrait“ auf S 1)

Friedenserziehung hat emanzipatorischen Charakter, es geht um die Initiierung selbstorganisierter Lernprozesse, bei denen gewaltfreies Handeln nicht nur als Wissenskategorie vermittelt wird, sondern auch im Umgang miteinander erfahrbar sein muss und erprobt werden kann.

Das Unterrichten an Schulen ist eine originäre Aufgabe der fachlich und pädagogisch dafür ausgebildeten Lehrkräfte. Der gesetzlich verankerte Bildungsauftrag sieht vor, Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, zu Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz zu erziehen.

Die Bundeswehr ist keine Bildungseinrichtung, der Soldatenberuf ist kein normaler Beruf, der Soldat muss das Handwerk des Tötens erlernen und im Einsatz auch töten. Das Kämpfen, Töten und Sterben sind von zentraler Bedeutung für das soldatische Selbstverständnis.

Dieter Senghaas hat schon sehr früh das Dilemma aufgezeigt, in dem sich die Erziehung befindet, wenn sie Menschen zu friedvoll kooperierenden, auf gewaltfreien Konfliktaustrag befähigten Menschen heranbilden soll für eine Gesellschaft, in der Gewalt, Drohen, Unterdrücken und Hintergehen zu den vorherrschenden Verhaltensformen gehört. Solange die Politik selbst sich nicht auf einen Makrolernprozess einlässt, in welchem sie ihren eigenen qualitativen Wandel zu weniger Unfriedlichkeit bewusst betreiben würde, bleiben die angestrebten Lernprozesse auf einer Mikroebene der Schule gefährdete Versuche, aus dem Dilemma des Unfriedens auszuweichen (Senghaas).

Für solche Fragen der Gesellschaft – wahrlich nicht nur der deutschen – ist natürlich auf der Sicherheitskonferenz kein Raum! Das sollte sich ändern!

Erwin Schelbert

Schutzpflicht (R2P) – zu ihrer theologischen Rechtfertigung

Eine humanitäre Schutzpflicht wird hier nicht infrage gestellt. Allerdings wird bei sogen. „Humanitären Interventionen“¹, die durch die UNO formulierte Schutzpflicht oder Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, kurz R2P) dazu benutzt, militärische Gewaltanwendung ethisch zu rechtfertigen. Das gezielte und kollaterale Töten und Verletzen von Menschen² und die Zerstörung von Lebensgrundlagen wird damit in einer neuen Weise mit der moralischen Pflicht des Schutzes von Mitmenschen begründet.

Damit – so denke ich – wird die selbstverständliche Pflicht zur Nothilfe missbraucht und fällt unter die Devise „der Zweck heiligt die Mittel“. Ist der Zweck als humanitäres Ziel bestimmt, ist die Anwendung von Gewalt nicht nur erlaubt, sondern moralisch geboten. Theologisch wird das in unserem Land mit zwei

A u s s a g e n b e g r ü n d e t :

1. dass die Welt noch unerlöst sei und solange sie unerlöst sei, könne Gewaltanwendung nicht ausgeschlossen werden,
2. so oder so werde der Mensch in dieser Frage schuldig: wenn er zum Schutz anderer Gewalt anwende und auch, wenn er sich dazu weigere.



1. Zur unerlösten Welt

Ich dachte immer, dass Gott die Welt durch seine Menschwerdung, seine schmerzhaftige Solidarität mit den Menschen bis zum Kreuz und seine Auferstehung erlöst habe. Seine Erlösung ist freilich kein magischer Zwang für Nichtwillige – Gott zwingt seine Erlösung niemandem auf. Sonst würde Gott den Menschen seines Menschseins berauben. Seine Erlösung kann nur wirksam sein, wenn sie angenommen und nachvollzogen wird. Sie konnte und kann nicht wirksam sein für Menschen, die sich im selbstverschuldetem Gefangensein eingerichtet haben. Das gilt insbesondere für einen wichtigen Aspekt der Erlösung: vom Zwang, Gewalt anwenden zu müssen.

So glaube ich, die Welt **ist** erlöst, aber sie hat diese nicht angenommen und nimmt sie weiterhin nicht an. Diese Unerlöstheit zeigen auch wir Christen, wenn wir meinen, wir müssten im Einsatz für die Opfer mit Gewalt gegen andere – die Täter – einschreiten. So werden wir selbst zu Tätern – und werden schuldig. Gott handelt anders und zeigt in Christus einen anderen Weg: Er zieht die eigene Leidannahme einem gewaltsamen Einsatz gegen andere durch vor. Er schafft keine Opfer, er selbst wird Opfer.

2. Schuldigwerden, so oder so

Das Schuldigwerden beginnt früher: mit der Anschaffung, Verbreitung und der Anwendungsbereitschaft von Kriegsmaterial. Dann ist die „Schutz-Pflicht“ herbeigerüstet. Das „Schuldigwerden so oder so“ wird selbst geschaffen. Das Schwert, hast du es, musst du, wenn's nötig ist, „vom Leder ziehen und dreinschlagen“, sonst

wirst du schuldig. Schlägst du aber nicht drein, wirst du auch schuldig. Eine wahrlich unerlöste Welt! Das Schuldigwerden besteht also im Herbeiführen einer ausweglos erscheinenden Situation. Aber selbst dann, wenn sein Besitzer das Schwert schon beschafft hat, ist, falls er es ausdrücklich nicht anwendet, ein Schuldigwerden seines Besitzers nicht zwingend. Ist Petrus schuldig geworden weil er dreingeschlagen hat, um den unbewaffneten Jesus zu verteidigen? Ja, aber der Erlöser hat die Wunde geheilt und trat dann folgerichtig seinen Leidensweg an. Wäre Petrus schuldig geworden, wenn er nicht dreingeschlagen hätte? Nein – ebenso wenig wie die anderen Jünger, die am Ölberg dabei gewesen sind. An dieser Stelle könnte sich die Gewaltrechtfertigungstheologie auch fragen: warum Jesus vor seiner Gefan-

genahme keinen bewaffneten Aufstand organisiert hat, um die Seinen zu schützen? Viele warteten ja darauf. Und warum er dazu **nicht** die 12 Legionen Engel erben hat – und das ganz ausdrücklich (Mat 26,53). Oder, warum er es seinen Jüngern durch das Gleichnis vom Unkraut im Weizen ausgedeutet hat, das Unkraut auszureißen (Mt 13,29-30); das Unkraut, das doch den Weizen bedroht? Lagen da nicht eklatante Verletzungen der „Schutzpflicht“

vor? Werden also Menschen schuldig, weil sie trotz einer Gefährdung anderer **nicht** dreinschlagen; etwa wie damals der hl. Martin von Tours, der den bewaffneten Kampf gegen die raubenden und mordenden Alemannen ablehnte und unbewaffnet gegen sie anzutreten bereit war? Oder werden Menschen schuldig, wie etwa die Quäker, die militärisches Eingreifen ablehnen? Und werden Menschen schuldig, wie die Kriegsdienstverweigerer und alle, die bewusst keine Tötungswaffen tragen oder bedienen wollen?

Resümee

Es scheint also aus christlicher Sicht an diesen theologischen Rechtfertigungen einiges nicht zu stimmen. Sie instrumentieren sehr subtil ein kostbares moralisches Gefühl: das Mitgefühl. Stimmig ist allerdings die mit-schwingende Hybris, alles mit Gewalt regeln zu müssen, auch wenn es kontraproduktiv ist. Stimmig ist auch, wenn man schon mal hochgerüstet ist, dieses humanitär zu rechtfertigen. Dabei leidet allerdings der Sinn für gewaltfreie Alternativen: Keine Waffenproduktion mehr, Unterstützung der gewaltfreien Bewegungen vor Ort und gewaltfrei Dasein, wenn sich etwas zusammenbraut.

Die Begründung „unvermeidlicher“ Gewaltanwendung durch die „unerlöste Welt“ und das Schuldigwerden so oder so, ist ein rückwärts gerichteter Weg, ein Pfad der Nichtveränderung, der Erstarrung. Er bewirkt, dass immer wieder eintritt, wogegen man kämpft: die sich selbst erfüllende Prophetie. Die Unerlöstheit der Welt wird durch die eigene Unerlöstheit bewiesen. So fehlt mir etwas an diesen Rechtfertigungen: der Glanz der Wahrheit.

¹ Da die Humanitäre Intervention meist in souveränen Staaten geschieht, ist sie völkerrechtlich eigentlich nicht gestattet.

² Z.B. die gezielten Morde mit Drohnen.

Wir sind reicher und freier,
als wir meinten.
Wir können aus unseren Verhältnissen
und inmitten der Zwänge mehr machen,
als es von außen scheint:
Uns so oder so
zu unserem Mitmenschen einstellen,
der im gleichen Zwang steht.
Mit Glauben und Liebe und Hoffnung
auch die Unfreiheit von Krankenbett,
Gefängniszelle und Alltagslast erfüllen,
dafür um Kraft bitten.
Nicht mitmachen, was alle machen.
Dem Unterdrückungsmechanismus entgegenstehen.
An Bewegungen der Befreiung teilnehmen.
Mitmenschlich und politisch werden.
Freiheit mitten im Zwang
ist keine Utopie,
keine Trostideologie,
ist die täglich neue Möglichkeit.

Helmut Gollwitzer

Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.



Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog. Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising und arbeitet bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung zusammen. Ferner kooperieren wir mit der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) und dem Regionalforum ZFD Südbayern und arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

Termine der Friedenskonferenz und im Umfeld: (www.friedenskonferenz.info)

Freitag, 24.Jan.14, 18:00, Vorträge mit Diskussion

Antikriegsforum, u-a. Peter Strutyński (Friedensratschlag)
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Samstag, 25.Jan. 14, 10:30-17:00, Vorträge mit Diskussion Neue Kriegsführungstechnologien

Evang. Stadtakademie, Herzog-Wilhelm-Str. 24

Freitag, 31.Jan.14, 19:00, (Einlass 18:00)

**Forum der Internationalen Münchner Friedenskonferenz
„Frieden und Gerechtigkeit gestalten“**
Literaturhaus, Salvatorplatz 1

Samstag, 1.Feb. 14, 9:30-12:30 Diskussionsforen mit den Referenten des Internationalen Forums

DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64, Ludwig-Koch-Saal

Samstag, 1.Feb.14, 13:00 Marienplatz

Kundgebung und Demo gegen die Sicherheitskonferenz
Schlusskundgebung, 15 Uhr, Marienplatz (www.kriegsrat-nein-danke.de)

Samstag, 1.Feb.13, 19:00 (Einlass 18:00)

Podiumsdiskussion „Aktuelle Runde“
Frieden für Syrien, Vorrang für Diplomatie und zivile Lösung
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64

Sonntag, 2.Feb.14, 11:30 Friedensgebet der Religionen

Menschenwürdig - vertrauenswürdig - glaubwürdig
Pfarrsaal St. Anna, St.-Anna-Str. 19

Sonntag, 2.Feb. 14, 15 Uhr, Podium „Nach der Konferenz“

Künstlerhaus, Lenbachplatz 8, (u.a. mit Lisa Bogerts)
(www.petrakellystiftung.de)

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Thomas Mohr, Sepp Rottmayr, Isolde Teschner

Pienzenauerstr.50, 81679 München, Tel. 089/ 98 06 49, Email: vorstand@mskveraendern.de, Internet: www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.1.2014

ViSDp Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München., IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMXXX